FH-VS-01-022

Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-VS-01

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:
auch für verarbeitete Produkte gelten. Dann können Konsument*innen Tierquäler*innen und Umweltzerstörer*innen die rote Karte zeigen.

Wir wollen, dass Menschen auch die Möglichkeit haben, sich ganz dagegen zu entscheiden, dass Tiere für die Nahrungsmittelproduktion eingesperrt und getötet werden. Damit helfen sie nicht nur den Tieren, sondern auch Umwelt und Klima. Doch vielfach fehlt dafür noch ein entsprechendes veganes Angebot. Wir werden in allen öffentlichen Einrichtungen, von Krankenhäusern und Gefängnissen über Schulen und Unimensen bis zu Behörden-Kantinen, vegane Alternativen etablieren, damit Konsument*innen die Freiheit haben, sich vegan zu ernähren.

Begründung

Menschen, die sich vegan ernähren, leben damit extrem grün: sie schonen die Umwelt und das Klima, sie bewahren Tiere vor Quälerei, sie reduzieren den Flächenverbrauch usw. Veganismus ist also etwas sehr Grünes und sollte von uns unbedingt unterstützt werden.

In Portugal wurde kürzlich ein Gesetz beschlossen, welches genau dies vorsieht: Dass alle öffentlichen Einrichtungen immer auch vegane Alternativen anbieten müssen. Das sollten wir auch für Deutschland fordern.

Vegane Alternativen in öffentlichen Mensen und Kantinen sind übrigens das Gegenteil von Bevormundung, sondern sie schaffen Wahlfreiheit – die Agrarminister Schmidt, die FDP und die Bildzeitung ja immer so gerne haben wollen.